

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Königsplatz 42 (Redakteur E. Dittmer)
Verleger: Amt Moabitplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint zweimonatlich. Bezugspreis: monatlich durch die Post G.-M. 3,00 mit Einschluß der Postgebühren deutscher Postämter. (Bezugspreis wird den Mitgliedern bei der Beitragsabgabe in Anrechnung gebracht.)

Wer nicht sät, kann auch nicht ernten!

Dem Schlichtungsausschuß schreckliche Löhne gelten nur für organisierte Kollegen. Diesen rechtlich zurechnenden Grundsatz hat das Kommuneneinigungsamt für Mitteldeutschland in Magdeburg in einem Schiedsspruch vom 12. September d. J. aufgestellt, der sich unter dem Vorbehalt von Regierungsrat Dr. Meunier mit der September-Lohnregelung befaßt. In der Begründung heißt es:

Der Schlichtungsausschuß vertritt die grundsätzliche Auffassung, daß die von den vertragschließenden Parteien in mühsamer Organisations- und Tarifarbeit erzielten Erfolge lediglich den Mitgliedern der vertragschließenden Organisationen zugute kommen sollen. Er lehnt es als unbillig ab, daß Personen kostenlos in unrentablen Gebäuden wohnen lassen, was soviel Kosten in Rechnung bringt, wie die in der getroffenen Entscheidung keinen Koalitionswang, sondern lediglich die natürliche Lage des Vertragsgebändes. Mit dieser Auffassung steht es auch in Einklang, daß im Falle einer Verbindlichkeitsklärung über den betreffenden Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmern im Falle des Tarifvertrages teilhaftig werde, denn in diesem Falle sind auch die dem Arbeitgeberverband nicht angeschlossenen Arbeitnehmer dem Tarifvertrag unterworfen, was sie nicht sind, wenn diese Parteien sich vertraglich einigen. Was der Arbeitgeberseite recht ist, muß der Arbeitnehmerseite billig sein."

Der vorstehende Schlichtungsausschlußentscheid vom 12. September 1923 verdient gebührend in den Vordergrund gerückt zu werden. Alle Arbeitnehmer, die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigt sind, sollten sich gerade in jetziger Zeit darüber freuen, daß es nicht angängig ist, abseits von der Organisation zu stehen, was fast ebenso schlimm ist, in einer Organisation zu sein, die die Union der Hand- und Kopfarbeiter, die die Zerlegung der Arbeiterkraft auf ihr Banner gesetzt hat.

Dem mit dieser Zersplitterungsarbeit ist gleichzeitig die Möglichkeit verbunden, daß Indifferenzismus und Drückbergerei nicht nur werden können. Merkwürdigerweise hat das Organ der kommunistischen Partei Halle-Merseburg, der „Klassenkampf“, diese Meinung völlig verkannt und nennt den vorstehenden Schiedsspruch einen „Schurkenstreich des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“. Wir sind von Halle her mancherlei gewöhnt. Haben wir doch erleben können, daß trotz aller Verbandsstolzerang in Halle auf die politische Anschauung unserer Mitglieder, es eine kommunistisch gesinnter Unionisten unternahm, die Glieder des Verbandes regelrecht zu zerstören. Wir schrumpften im Laufe von 2 Jahren auf ein Zehntel unseres früheren Mitgliederstandes zusammen. Aber die Schimpf- und Lügentaler der Unionisten hatten kurze Beine und schon in kürzester Frist gelang es uns, wieder festen Fuß zu fassen und die Filiale wieder völlig aufzubauen. Heute, da wir die alte Organisationsziffer in der Halle überholt haben und über 2000 Mitglieder zählen, läßt uns eine gewisse Ruhe über die furchtbare Katastrophe reden, damals über uns heringebrochen war. Jetzt versuchen es die Kommunisten in Halle erneut, die Arbeiterkraft aufzureißen und sich dabei gleichzeitig zum Anwalt aller Unorganisierten machen zu wollen. Weil auch in Berlin, in Rheinland, in Ostpreußen und an einzelnen anderen Orten hier und da die kommunistischen, ihre gewerkschaftszerstörende Tätigkeit unter dem Vorwand der Kommunisten zu stellen, müssen wir hier mit aller Kraft zum Ausdruck bringen, daß wir dieses Vorgehen als unehrenhaften Skandal in der Arbeiterbewegung betrachten. Unrechtfertig sind selbst in Halle eine Anzahl

Kommunisten in den Versammlungen von diesem „Schurkenstreich“ des „Klassenkampfes“ abgerückt und haben mit aller Energie betont, daß sie von ihrem Standpunkt aus kein Verständnis haben für solchen Klassenkampf. Es wäre zu wünschen, daß alle unsere Kollegen, insbesondere aber diejenigen, die den Unionisten zuneigen oder gar in der Union organisiert sind, sich einmütig klar machen wollten, was es bedeutet, wenn wir eine Anzahl von Organisationen in einem Betriebe haben. Es braucht nicht daran erinnert zu werden an die Ohnmacht, zu der wir verdammt waren bei der Berliner Straßenbahn, indem wir den unerhörten Tarifbruch über uns ergehen lassen mußten, weil über ein Drittel der Kollegen in „nationalen“ Verbänden oder gar nicht organisiert waren und auch unter den freigewerkschaftlich organisierten zwei Verbände ihr Organisationsgebiet hatten. Wir sind der Meinung, diese Spuren sollten schreiden. Es muß hier einmal grundsätzlich ausgesprochen werden, daß unsere Kollegen durchaus berechtigt sind, überall dort, wo es ihnen möglich ist, den Schiedsspruch von Mitteldeutschland in ähnlicher Weise in anderen Tarifgebieten in Anwendung zu bringen.

Nach dem Schiedsspruch von Magdeburg, der die Löhne neu geregelt hat, nehmen nur alle in den Betrieben befindlichen Kollegen an dem Tarif teil, die einer als tarifreu anerkannten Arbeitnehmerorganisation angehören. Dieser Spruch wurde einstimmig gefaßt. Unsere Filiale Halle hat mit dem Magistrat am 12. September 1923 die Vereinbarung getroffen, daß die aus dem Schiedsspruch fälligen Nachzahlungen weder den Unorganisierten noch den der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“ angehörenden Kollegen zu zahlen sind.

Es ist bezeichnend, daß der „Klassenkampf“, das Organ der Kommunisten, nun in seiner Auffassung in trautester Gemeinschaft mit den reaktionären Beamten der Stadt Halle steht. So wird z. B. von dem Direktor des Elektrizitätswerts Dr. Lamberti und dem Oberingenieur Dr. Stöber gleichfalls von einem „Schurkenstreich“ und von einem „Terror der Gewerkschaften“ geredet. Dieser „Terror“ soll natürlich nach ihrer Meinung darin bestehen, daß man ihren Lieblingen, den Gelben und Unorganisierten, die erhöhten Nachzahlungen nicht zukommen läßt. Es ist sogar von dieser Seite versucht worden, diesen Beschluß zu durchbrechen.

Die Angelegenheit hat übrigens auch das Gewerkschaftsblatt in Halle beschäftigt. Es ist dort in nachdrücklichster Weise, insbesondere von unserem Kollegen Flücht, klargestellt worden, wie notwendig es ist, daß diejenigen von dem Genuß der Gewerkschaftserrungenschaften ausgeschaltet werden, die nicht gewillt sind, Opfer zu bringen für den Verband. Bezeichnend ist in dieser Beziehung, daß unsere Filiale Halle über 3 Millionen Verbandsbeitrag in der betreffenden Woche hatte, während die Unionisten noch keine halbe Million zahlten und die Unorganisierten sich bekanntlich vor jedem Beitrag drücken. Daß die Gelben meist nur Scheinbeiträge von ganz geringer Höhe leisten, ist allgemein bekannt.

Interessant ist aber noch dabei, wie das „Volksblatt“ vom 19. September feststellen konnte, daß vielfach die Drückberger, die aus unserem Verband ausgeschieden sind und für die Unionisten agitieren, die Begründung geben: „Wir bekommen unseren Lohn doch, brauchen aber nur einen halben oder gar ein Zehntel Beitrag der freien Organisation zahlen.“

Es ist leider festzustellen, daß der Egoismus heute die allerweitesten Volksteile erfasst hat, und daß wir nicht nur wieder vor der Gefahr stehen, sondern daß wir mitten darin sind, die

errungene Machtposition zu verlieren, was aber nur erkärlich ist durch die Zersplitterung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien. Es muß deswegen unbedingt daran festgehalten werden, daß wenigstens die wirtschaftlichen Organisationen nicht durch den Parteistreit zertrümmert werden. Das haben auch eine Anzahl Kommunisten richtig erkannt, und selbst der holländische kommunistische Arbeitersekretär und Kartellvorsitzende hat erklärt, daß die sogenannte Organisationsklausel in der heutigen Zeit angebracht ist, um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu wahren.

Wir wollen nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber es verlohnt sich vielleicht noch festzustellen, daß der Gewerkschaftsvertreter der Unionisten Hertel gegenüber dem Magistrat erklärte, daß die Unionisten ja keinen eigenen Tarifvertrag haben wollen, sondern zufrieden seien, wenn sie annähernd den Tarifvertrag des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes erhielten. So sehen die „Kämpfer und Führer“ der Unionisten aus. Die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder und Träger des Tarifvertrages werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf drängen müssen, daß wir nicht von Querschnitts- oder Unorganisierten aufs schwerste geschädigt werden.

Weil nun dieser Vorgang in Halle symptomatisch ist, so möchten wir einiges im allgemeinen dazu sagen. Wir verstehen nicht, daß gegenwärtig auch in unseren freien Gewerkschaften starke, berechtigte Unzufriedenheit besteht über den Mangel der Anpassung der Löhne an die Teuerung. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, wie weit die Gewerkschaften durch frühzeitige Einstellung auf wertbeständige Löhne sich einen größeren Anteil am Produktionsgewinn hätten sichern können. Die rasende Geldentwertung, verstärkte Devisenspekulation, Zurückhaltung von Waren und Produkten hat uns in eine so furchtbare Katastrophe gestürzt, deren Ende nicht einmal abzusehen ist. Die Leidtragenden sind die Arbeiter, und es ist zuzugeben, daß auch die Gewerkschaften nicht in der Lage waren, einen Ausgleich herbeizuführen. Es bedarf aber nur eines Augenblicks Besinnlichkeit, und man kann die Frage stellen, wie es sein würde, wenn die Gewerkschaften nicht mit aller Macht Woche für Woche versuchen würden, den rasenden Strom des Elends zu hemmen, der über uns hinweggeht. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß das Kleinbürgertum, die freien Berufe, die weiten Kreise der Kleinrentner usw., weil sie ohne Organisation waren, in das entsetzlichste Elend hineingetaumelt sind. Die Arbeiterschaft hat alles Interesse, in gegenwärtiger Zeit ihre Kräfte zusammenzubehalten. Das Unternehmertum hat sich auf der ganzen Linie inzwischen stark gemacht, und es ist keine Frage, daß die Kämpfe, die uns noch bevorstehen, sehr hart, heftig und andauernd sein werden, um mindestens die wirtschaftliche Position zu erringen, wie wir sie vor dem Kriege hatten.

Eins kann aber jeder Arbeiter klar erkennen: Ohne gewerkschaftliche Organisation sind wir ein Spielball in den Händen des Kapitals, der Unternehmer und der Verwaltungen. Darum gilt es, die Lehren aus der jetzigen Zeit zu ziehen für die gesamte Kollegenschaft. Wir dürfen es nicht dulden, daß in einem Betrieb sich die Unorganisierten oder Andersorganisierten breit machen. Die „Unionisten“ haben keine Existenzberechtigung. Wir haben in unserem Verband die weitmöglichste Toleranz in bezug auf die politische Meinung. Wir müssen aber um so energischer fordern, daß jedes Mitglied gegen jeden nicht der freien Gewerkschaft angehörigen Kollegen auftritt und seine Meinung sagt, selbst wenn er politisch mit ihm am gleichen Strang zieht. Darum erwarten wir, insbesondere auch von unseren kommunistisch denkenden Kollegen, daß sie dem Treiben der „Unionisten“ entschieden Widerstand leisten. In heutiger Zeit können wir im wirtschaftlichen Kampf nur etwas erreichen durch Einigkeit. Es soll aber auch nicht ernten, wer nicht gesät hat.

Gestaltung der Löhne nach dem Dollarkurs.

Die furchtbare Verschlechterung des Marktstandes in den letzten Wochen hat in der Lohngestaltung geradezu vernichtend gewirkt. Die großen Probleme der wertbeständigen Löhne sind nicht zur Durchführung gekommen. Die Errechnung des Lohnes nach Grundzahlen und Multiplikator bringt in seiner Weise den notwendigen Lohn zustande. Die Teuerungszahlen der statistischen Ämter bergen in der Erfassung der Friedenspreise große Fehler in sich, indem eine ganze Anzahl Preise als Mittelpreise gesetzt sind, die aber für die richtige Erfassung der Ausgaben einer Arbeiterfamilie im Jahre 1913—1914 das Richtige treffen. Zudem ist die Anwendung des Warenanteils und sonstiger Lebensbedürfnisse nur zum Teil erfolgt. Die aus einer solchen Aufstellung sich ergebende Mehrzahl ist also falsch, woraus sich auch der heutige niedrige Lohnstand ergibt. Hinzu kommt noch, daß die Lohngrundzahl aus den Jahren 1913—1914 noch um viele Prozente niedriger gehalten wird. Die Arbeiterschaft hat denn auch längst erkannt, daß sie mit solchen Berechnungsmethoden wirtschaftlich

total verlesen und der Gedanke nach Goldlöhnen oder Dollarkurs Dollarmährung Platz greift.

Die Warenpreise sind mit wenigen Ausnahmen alle nach dem Stande des Dollars eingestellt. In allen Schauspielen prangt die Zahl mal Multiplikator und so oft der Dollar seinen Stand so oft wechseln die Zahlen in den Geschäften. Die Kleinhandelswaren erst gar nicht ab, wie der Großhandelspreis ist, sondern selbständig nach dem Dollarkurs werden die Preise gemacht, zwar oft mehrmals am Tage.

Bei einer solchen Entwicklung ist es zu verstehen, wenn die bellende Beschlörung, die keine Geschäftsleute sind, Interesse haben, auch ihre Einnahmen nach dem Dollarkurs einzutauschen, damit der am Freitag ausgezahlte Lohn nicht immer zu nichts zusammenschmilzt.

Wie der Lohnstand in den letzten Wochen gegenüber dem Dollarkurs steht, soll folgende kurze Darstellung zeigen: Ein wertbeständiger Handwerker ohne Kinder, beim 6-reimlichen Staat bestmöglichst verdienen in der Woche vom 25.—31. August 38 448 000 M., der Woche vom 8.—14. September 210 480 000 M., eine Steigerung von 448 Proz. In derselben Zeit wirkte sich der Dollarkurs folgendermaßen aus: Stand am 24. August 4 700 000, Stand 14. September 90 400 000, gleich einer Steigerung von 1823 Proz. Der Lohnstand, gemessen nach dem Dollarkurs, ist also um das Fache zurückgeblieben.

Wenn auch der Lohn, bemessen nach dem Dollarkurs, in vollen Auswirkung nicht möglich ist, so ist es aber von Wert zu wissen, um wieviel sich der am Freitag gezahlte Lohn, gemessen nach dem Dollarkurs, bis zum nächsten Lohnfreitag gehalten hat. Hier soll eine kleine Aufstellung zeigen, wie groß die Schwankungen des Lohnes sind und wodurch die großen unerträglichen Lohnsenkungen des Lebensunterhalts eintreten. Um bei dem erwähnten Handwerker zu bleiben, führen wir den Lohnstand am Freitag an, umgerechnet in Dollarkurs:

Im Jahre 1914	Dollarkurs	Wochenlohn	Wochenlohn
	4,90 M.	53 M.	—
am 24. 8. 1923	4 700 000,—	23 280 000,—	— 5
„ 31. 8. 1923	10 300 000,—	88 448 000,—	— 8,7
„ 7. 9. 1923	63 000 000,—	60 144 000,—	— 1,1
„ 14. 9. 1923	90 400 000,—	210 480 000,—	— 2,8

Diese wenigen Zahlen zeigen klar die Kaufkraft des Geldes berechnet nach den Werten gegenüber den Warenpreisen und nach dem Dollarkurs. Dazu sind die Preise für eine Woche bis zum nächsten Lohnfreitag nun noch nicht stabil, sondern die ganze nächste Woche schneller die Preise auf Grund des Dollarkurses noch höher und der ausgezahlte Lohn vertiert somit von Tag zu Tag mehr an Wert.

Die obige Darstellung ließe sich noch um viele Zahlen erweitern, das soll aber nicht der Zweck sein, sondern es war notwendig, in einfachen Beispielen die großen Lohnsummen in ihrem Wert zu kennzeichnen, aber auch zugleich darzustellen, welche großen Senkungen in der Lohnsumme von Woche zu Woche liegen, gemessen nach dem Dollarkurs. Die Gewerkschaften haben noch um Arbeit zu leisten, bis endlich auch der Lohn so ist, wie es die Wahrung erfordert.

Rus Politik und Volkswirtschaft

Aufhebung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet. Ausnahmezustand über das ganze Reich. Die Reichsregierung am 25. September beschließen der Bevölkerung der besetzten Gebiete die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Gleichzeitige alle den Widerstand unterstützenden Verordnungen und Verfügungen zurückgezogen. Vorher hatte sie in einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder die Lage besprochen. Diese hatten einmütig (auch der bairische Ministerpräsident) die Aufhebung des passiven Widerstandes zugestimmt. Beweggründe zu diesem Beschluß gab die Reichsregierung am 26. September durch einen Aufruf. „An das deutsche Volk.“ Die Öffentlichkeit bekann, aus dem wir folgende wichtige Sätze geben:

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen unser Gebiet und das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit sind 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder aus dem Land vertrieben worden. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dabei gelassen. Hunderte schwächen noch in Gefängnissen, die Reichsregierung hatte es übernommen, mit allen Kräften für die Befreiung des Landes durch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichen die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Höhe von 3500 Millionen Mark, in der laufenden Woche werden diese auf 4000 Millionen Mark zu erwarten. Die einseitige Besetzung des Rheinlands und Ruhrgebietes hat ungünstig auf den Lebens- und Unterhalt der Bevölkerung in dem besetzten Gebiet wirkt. Die Gefahr, daß beim Abschalten an dem besetzten Gebiet die Schaffung einer geordneten Wirtschaft, die Wahrung

der Schicksal des Lebens und damit die Sicherung der nackten Existenz möglichst wird. Diese Gefahr muß im Interesse der Bevölkerung wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir kämpfen um das Leben der Bevölkerung der besetzten Gebiete noch größere Opfer als bisher verlangt werden. Der Kampf war ihr Kampf, der Kampf um die Selbstherrschung. Wir werden niemals vergessen, was wir durch unsere Selbstherrschung, die im besetzten Gebiet bedeutet. Wir werden niemals die Aufgaben, die hier die Heimat verlassen, als dem Volk die Träne zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen frei werden, daß die Verstorbenen zurückschicken, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht die Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat die Pflicht, die schweren materiellen Opfer für die Freiheit Deutschlands und der deutschen Erde auf sich zu nehmen. Diese Pflicht ist aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Die Reichsregierung verschonen hierdurch seitlich vor dem Volk, vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen lassen, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom deutschen Volk trennt. In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten ist es nicht durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschlands dem Volk übergeben oder mit der Verweigerung des Friedens alle die Verbrechen zu wahren, die daraus für die Besatzungen der Völker zu wahren. Das deutsche Volk fordert wir auf, in den bevorstehenden Wahlen schärfster seltischer Prüfung und materieller Not treu zu bleiben. Nur so werden wir alle Kräfte auf Bekämpfung der Verbrechen jünger machen, nur so werden wir der Nation Ehre und Freiheit, nur so für die Freiheit wiedergewinnen, die unter uns steht.

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

erhielt dazu Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslofenfürsorge. Diese Zuschüsse hörten Ende August 1922 auf und Ende Oktober wurden plötzlich sämtliche Arbeiter entlassen, weil die Stadt weitere Geldmittel nicht zur Verfügung stellte. Darauf wurde Einspruch beim Schlichtungsausschuss eingelegt, der folgenden Schiedsspruch fällte: „Die Beschwerdebegginer wird verpflichtet, diejenigen Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen, die, gerechnet vom 31. August 1922 an, länger als 6 Wochen im Dienste der Beschwerdebegginerin geblieben haben.“ Gründe: „Der Schlichtungsausschuss ist der Ansicht, daß die Beschwerdebegginerin wohl zunächst als Notstandsarbeiter angenommen worden sind und für diese die Vorschrift des § 12 Abs. 3 Geltung hat. Die Beschwerdebegginerin hätte, nachdem die Mittel für diese Notstandsarbeiten zu Ende gingen, am 31. August 1922 die Beschwerdebegginerin kündigen können und müssen; hat sie jedoch nach dieser Zeit acht Stunden pro Tag weiter beschäftigt. Die Beschwerdebegginerin konnten deshalb annehmen, daß sie nach dem 31. August 1922 nicht mehr Notstandsarbeiter waren. Diejenigen, die länger als 6 Wochen ab 31. August 1922 beschäftigt werden, sind auch nicht als vorübergehend Beschäftigte anzusehen, sie dürfen ohne Streidung der Arbeitszeit nicht entlassen werden.“ (Entsch. d. Schlicht. für die Kreishauptmannschaft Chemnitz 237/22.)

Entlassung Kriegshinterbliebener und wegen hohen Alters als unbillige Härte. Der Schlichtungsausschuss Bartenstein fällt folgenden Schiedsspruch: „Die drei Straßen- und Chauffewärter sind weiter zu beschäftigen.“ Gründe: „Zwar ist eine Verkürzung der Arbeitszeit (§ 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920) bei der Art des Betriebes nicht möglich. Jedoch wird die Entlassung des Betriebsrates geteilt, daß es eine unbillige Härte (§ 84 B.G.B.) bedeutet, wenn zur Kostenersparnis die Streckenbezirke vergrößert und zugleich drei alle Leute entlassen werden. R. gilt als Kriegshinterbliebener (§ 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920) insofern, als er im Kriege zwei Söhne verloren hat, welche die Eltern im Alter hätten unterstützen können. R. ist seit circa 16 Jahren, R. seit circa 10 Jahren für den Kreis tätig.“

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Lacht euch nicht zu unbesonnenen Aktionen hinreichend! Die A.D. hatte an die Vorstände des A.D.B., des A.D.S. und des A.D.W. ein befristetes Ultimatum gerichtet, mit ihr zusammen eine proletarische Rettungsliga zu organisieren, um dem drohenden Angriff der Faschisten zu begegnen. Darauf antworteten nun die Spitzenvorstände unter anderem folgendermaßen:

„Die Bundesvorstände stellen fest, daß die A.D. in demselben Schriten, in dem sie die Spitzenorganisationen zu gemeinsamer Aktion aufruft, die nichtwählbaren Angelegenheiten wiederholt, mit denen sie in den letzten Jahren und nie mehr als in den letzten Wochen die Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern zu verächtlichen gesucht hat. Auch diese Tatkraft beweist, daß die kommunistische Partei kein christliches Bündnis mit den Gewerkschaften will, sondern in dem Augenblick, wo die Existenz der deutschen Republik auf dem Spiele steht und die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft von entscheidungsgewissen Kämpfen bedroht ist, nicht Besseres zu tun weiß, als diejenigen zu verdammen, mit denen sie verhandeln und verbünden zu wollen. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind fest entschlossen, den gegenrevolutionären, rechts- und arbeitfeindlichen Organisationen der Faschisten mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten, wenn sie es wagen sollten, den bewaffneten Kampf gegen die deutsche Republik und das deutsche Proletariat zu eröffnen. In scharfem Gegensatz zu dem zweideutigen Spiel der kommunistischen Partei waren sich die Gewerkschaften stets bewußt, daß diese nationalfeindlichen Organisationen kein anderes Ziel verfolgen, als unter den Trümmern der deutschen Republik die Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie zu begraben, die die deutschen Arbeitnehmer durch die Revolution und in den Jahren danach in unermüdlichen Kämpfen geschaffen haben. Sie wissen, daß der Kampf gegen die Republik nur die erste Phase des Kampfes ist. Das eigentliche Ziel ist die Befreiung der Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeitnehmer und die Erreichung einer kapitalistisch-militärischen Diktatur, unter der die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller erworbenen Rechte beraubt und zu vollkommener Ohnmacht verurteilt sein würden. — Die Kommunisten haben diesen Rechts- und Arbeiterfeinden den Weg geebnet, indem sie bis in die allerletzten Tage hinein die Gefährlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung durch ihre maßlose Agitation gegen die Gewerkschaften zu fördern versuchten. Darüber hinaus haben sie in den letzten Monaten versucht, mit einer Gruppe der deutschen Faschisten Bündnisverhandlungen anzuknüpfen, in dem lächerlichen Glauben, die Einheit der Feinde der deutschen Arbeitnehmer ebenso sprengen zu können, wie sie die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zerrissen haben. Und jetzt, in dem Augenblick, wo die Aufhebung des passiven Widerstandes der Faschisten erwünschten Anlaß bietet, ihre Anhänger zum Generalsturm gegen die Republik aufzurufen, lehnt die kommunistische Partei diesem Treiben Vorschub und versucht, die Arbeitnehmer in diesem Tumult nationalfeindlicher Verhetzung hineinzuwerfen. Angesichts dieser Gefahr, die die Republik und die Arbeiterbewegung in gleicher Weise bedroht, wäre es ein Verbrechen, der kommunistischen Partei zuliebe zur Ungunsten einer proletarischen Generalaktion zu entscheiden. Das dann entstehende Chaos

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

• Betriebsräte •

Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution". Die Besatzungen hatten die Faschisten in Bayern und anderwärts wieder gerichtet. Wandernhafte Überfälle auf Leute, die nicht mehr den Krieg vorzuziehen sind, wurden selbst in Sachsen vorgenommen. Hitler drohte immer frecher mit der "Revolution".

...die den Faschisten willkommenen Gelegenheit, ihren Aufmarsch gegen die Republik durchzuführen. Die Gefahr, die es zu beschwören gilt, würde erst recht provoziert. Es gilt in diesem Kampf, die in den Gewerkschaften verkörperte Macht des deutschen Proletariats geschlossen dort einzusetzen, wo der Gegner den Angriff wagt. In diesem Kampf sind die Gewerkschaften die Verbündeten der deutschen Republik und müssen es sein. Wie sie im letzten Jahr für die Autorität des Staates als Vertreter der Gesamtheit gegen den Eigennutz der Wirtschaft gekämpft haben, so müssen sie jetzt für den Staat gegen die Reichs- und Arbeiterfeinde kämpfen. Wenn die Republik zusammenstürzt, ist das Schicksal der Arbeitnehmerschaft besiegelt. Darum erwarten die Spitzenorganisationen von allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, daß sie sich nicht von der trügerischen Parole der kommunistischen Partei zu unbesonnenen Aktionen hinreißen und sich nicht als Schrittmacher der Gegenrevolution mißbrauchen lassen."

Steuerprogramm der Gewerkschaften. Die Steuerkommission des ADGB, des KFD-Bundes und des ADL hat dem Reichsfinanzministerium am 18. September Richtlinien und Vorschläge für eine Steuerreform vorgelegt. Wir geben den Inhalt nachstehend in gedrängter Form wieder. Die Schaffung einer wirklichen Goldwährung ist auch nach Ansicht der Steuerkommission die Vorbedingung, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, die Wirtschaft gesunder zu gestalten und die Kaufkraft der Löhne und Gehälter wiederherzustellen.

Die Steuerkommission fordert daher die unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der Volkswirtschaft und am sonstigen Reichtum. Die von der Steuerkommission entworfenen Vorschläge geben ein fest umschriebenes Programm für die Befreiung der Sachwerte. Alle Körperschaften, die auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes (4. April 1922) der Körperschaftsteuer unterliegen, sollen bis zum 1. Oktober 1923 ihre Kapitalanteile um ein Drittel erhöhen. Dieses Drittel ist dem Reich abzutreten. Von jeder weiteren Erhöhung ist der dritte Teil an das Reich zu übertragen. Der Einfluß des Reiches soll einem Viertel der Beteiligungen unter Berücksichtigung aller Vorzugsrechte entsprechen. — Für alle Unternehmungen in Land- und Forst- und Gewerbe mit über 100 Arbeitnehmern oder einem Anlagekapital von mehr als einer Million soll durch Reichsgesetz die Pflicht der Körperschaftsbildung durchgeführt werden. Die anderen Betriebe müssen durch eine Reichsgewerbesteuer in Höhe von einem Viertel des Nettoertrages ersetzt werden. Auf inländisches Vermögen an Grundbesitz, soweit es eine bestimmte Grenze übersteigt, soll zugunsten des Reiches an erster Stelle eine Grundschuld in Höhe eines Viertels des von dem abgabepflichtigen Eigentümer angegebenen Wertes eingetragen werden. Der Zinssfuß der Grundschuld wird alljährlich vor dem 1. Oktober unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark durch Gesetz festgesetzt. Das Reich verleiht das Recht, die bezeichneten Immobilien zu dem von dem Besitzer angegebenen Betrag abzüglich der Grundschuld, d. h. des ohnehin auf das Reich übertragenen Wertanteils und zusätzlich eines Aufschlages von 20 Proz. zu übernehmen. Abgabefrei sind nur die Länder, die Gemeinden, öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen und wirtschaftliche Verbände öffentlich-rechtlichen Charakters, die Anstalten der reichsgesetzlichen Versicherung, Hochschulen, Stiftungen von allgemeinem, gemeinnützigem Charakter, politische Parteien und Vereine. — Eine Neuordnung des Reichserbzrechts ist unbedingt erforderlich. Das Erbrecht der Verwandten erster und zweiter Ordnung ist zu beschränken auf 100 000 Goldmark der Erbmasse. Von dieser Summe an muß der Erbe dem Reich ein entsprechendes Miteigentum an der noch verbleibenden Nachlassmasse einräumen. Die gesamte Steuerregelung muß über das jetzige Maß hinaus auf die Erfindung an der Quelle umgebaut werden. — Die Steuerkommission schlägt ferner vor, die Grundsteuer zu einem allgemeinen Regulator der Bodenbesitzverteilung dadurch auszugestalten, daß man diese Steuer mit der Größe und Fruchtbarkeit des Bodens ansteigen läßt. — Bei der quellenmäßigen Besteuerung des Verbrauchs muß der über den Normalbedarf hinausgehende Luxus und nicht der lebensnotwendige Massenkonsum an erster Stelle belastet werden. — Eine wesentliche Forderung der vorgeschlagenen Steuerreform ist die Rationalisierung des Steuerertrags. Bei kleinen und kleineren Steuerpflichtigen müssen die Veranlagungen wegfallen. Die Abreicherung von kleineren und Einzelbeträgen muß durch Marken, von großen Steuerbeträgen (Einkommensteuer in großen Betrieben, Umsatzsteuer) durch sofortige Abschreibungen auf der Fohr oder in direktem Verkehr mit den Finanzämtern erfolgen. Es bleibt zu erwägen, ob nicht die Betriebsräte für die pünktliche Ablieferung der einbehaltenen Lohn-, Umsatz- und sonstigen Steuern durch Kontrolle, Gegenzeichnung usw. interessiert werden können. Für die Besitzer der größten Einkommen müßte nach englischem Muster zu der normalen Belastung des Einkommens an der Quelle noch eine Uebersteuer als Zuschlag hinzutreten. Anstatt des geringen Ertrages einer großen Reihe von Steuern sowie der Unübersichtlichkeit der bestehenden Besteuerungen müssen die Steuern organisch zusammengefaßt und zu vereinfachen sein. — Mit der Vereinfachung des Steuerwesens muß eine Reform der Steuerverwaltung und des für die Ausführung der Steuererhebung üblichen Verfahrens Hand in Hand gehen. Insbesondere die Möglichkeit der Abschaffung der Steuererhebung, d. h. auf dem Gebiet der Zuwachssteuer und des Reichsnotopfers, muß behindert werden.

Rundschau

Hans Dreher und Wilhelm Pfannkuch †. Am 5. September der Redakteur des „Courier“ Hans Dreher plötzlich gestorben. In ihm verkörperte sich die bisherige ganze Geschichte des „Verkehrsbundes“. Denn er hat mit dem Genossen Edmund Hoffmann den Verband, und anderen im Jahre 1893 den Vorläufer dieser großen Organisation gelegt. Seitdem war ununterbrochen der Redakteur des „Correspondenzblattes“, der „Couriers“. Ein seltsames Zusammenreffen ist es, das dem Tode Dreher's der „Courier“ sein Erscheinen eingestellt und dem neuen Organ „Der Verkehrsbund“ Platz gemacht hat. — Am 1. September starb der Senior der deutschen Sozialdemokratie, der Sekretär des Parteivorstandes und sein Mitglied, Genosse Wilhelm Pfannkuch. Mit ihm dürfte, abgesehen von dem noch lebenden Schweizer Genossen Hermann Greulich, wohl der letzte der alten Generation der deutschen Sozialdemokraten, die noch Vorkriege persönlich gekannt und damit die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung durchlebt haben. Dermaligen Tischlergesellen Pfannkuch's große Verdienste um die Arbeiterbewegung als Parteiführer, Reichstagsabgeordneter, Stadtratsmitglied und auch als Gewerkschafter hat „Die Gewerkschaft“ schon vielfach gefeiert. Mit Dreher und Pfannkuch sind zwei Idealtypen hingegangen, die kein Opfer und keine Verfolgung scheuten, wenn sie der Sache der Arbeiterbewegung dienten. So mancher der jüngeren Generation, der heute als Mißläufer glaubt, würde zu leisten, kann sich die beiden großen Toten zum Vorbild nehmen.

Neue Postgebühren. Vom 1. Oktober 1923 ab treten die Postgebühren in Kraft. Postkarten am Ort 400, Fernpost 600, Ausland 3600. Briefe am Ort 800, Fernpost 2000, Ausland 6000. Drucksachen bis 25 Gramm 400, bis 50 Gramm 1000, bis 100 Gramm 1200, Ausland je 50 Gramm 1200. Pakete bis 1 Kilogramm 4000; Ausland unzulässig. Pakete bis 3 Kilogramm 4500, 4000, 9000; bis 5 Kilogramm 7000, 14000. Postanweisungen (Sparmarken) bis 50 Millionen 400, bis 100 Millionen 1000 (250), bis 250 Millionen 2000 (500), 500 3000, 1000 4800, Brief bis 20 Gramm 5600. Einzahlung 2000. Eilzuliefergebühren: Briefe 4000, Pakete 6000. Gebührensätze verstehen sich in tausend Mark.

Zahlensteuer. Während man in einer Zeit, als noch hundert Pfennige wert und ein Liter Milch für 20 bis 30 Pfennig zu haben war, mit wenigstelligen Zahlen im täglichen Leben kam, treten uns jetzt von Tag zu Tag immer größere Zahlen entgegen. Zahlennamen werden genannt, die früher nur Astronomen und anderen Wissenschaftlern in Anwendung wurden. Um diese Zahlennamen richtig zu erkennen, muß sich die Anzahl der Nullen veranschaulichen. So hat die eine Null, 100 hat 2 Nullen, 1000 hat 3 Nullen, eine Million 6 Nullen, eine Milliarde 9 Nullen, eine Billion 12 Nullen, ein Trillion 15 Nullen, ein Quadrillion 18 Nullen, ein Quintillion 21 Nullen, ein Sextillion 24 Nullen, ein Septillion 27 Nullen, ein Oktillion 30 Nullen, ein Nonillion 33 Nullen, ein Dezillion 36 Nullen.

Briefkasten

H. N. Berlin, W. Kollbus, A. Karstraße, S. D. München, Offenbach und J. Schönborg. Weil „Die Gewerkschaft“ Wochen nicht erscheinen konnte und dann auch nur in ganz geringem Umfange, konnten die eingelangten Berichte usw. in unser Organ nicht aufgenommen werden. Inzwischen ist der Inhalt der Zuschriften veraltet, so daß ihre Veröffentlichung überflüssig ist.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gewerkschaften und Jugendbewegung. Das gewerkschaftliche Programm und wichtigste Material für die gesamte Jugendarbeit der Gewerkschaften, herausgegeben vom Angehörigenrat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1923. Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin. Preis: M. 3, 00, E. 3, des Verlags.

Der Kampf gegen den Achtundzwei. Eine Reihe in der Reihenfolge erschienenen Hefchen, gesammelt und herausgegeben von Prof. Dr. Hans J. A. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Preis: M. 3, 00.

Fransisch für Deutsche nach der Reform-Erklärung. „Merkur“, 490 Seiten Groß-8 in 6 Bänden. Verlag: „Merkur“, Berlin. Preis: M. 12, 00.

Schlüssel zum Verständnis der Welt. — In der Schrift „Arbeitswissenschaftliche Grundlagen“ wird auf die Elemente dieser Wissenschaft hingewiesen, die die Weltkenntnis, die die Arbeitswissenschaftler zu erwerben haben, darstellt. Die Arbeitswissenschaftler müssen die Arbeitswissenschaft als ein Ganzes verstehen. Es ist die Aufgabe der Arbeitswissenschaft, die Arbeitswissenschaft als ein Ganzes zu verstehen. Es ist die Aufgabe der Arbeitswissenschaft, die Arbeitswissenschaft als ein Ganzes zu verstehen.

Kollegen! Abonniert die „Gewerkschaft“